



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser, zwei Dinge haben mich in den letzten beiden Wochen besonders beschäftigt. Das eine ist das schreckliche und verabscheuungswürdige Attentat in Paris auf die Redaktion des Satire-Magazins „Charlie Hebdo“ und der Überfall auf das von Juden geführte Feinkostgeschäft in Paris. Das zweite sind die anhaltenden Pegida-Demonstrationen. Zu Pegida äußere ich mich ausführlich auf den nächsten Seiten.

Was die Attentate in Paris betreffen, so möchte ich festhalten, dass wir unbedingt zwischen dem Islam als solchem und Islamismus unterscheiden müssen. Wenn Menschen vorgeben, im Namen einer Religion zu töten, sind sie nach unserem Wertebewusstsein Mörder und Terroristen. Sie nehmen die Autorität ihres Gottes in Anspruch um über Tod und Leben zu bestim-

men und leben dabei doch gefordert wird. Der Antrag nur ihren Hass, ihre Verachtung menschlichen Lebens und Selbstbestimmung aus. Um so mehr bin ich froh und dankbar, dass sich offizielle Vertreter der muslimischen Gemeinde in Deutschland so deutlich von den Terrorakten in Frankreich distanzieren, dass sie Mord und Terror im Namen ihrer Religion entschieden ablehnen. Selbst wenn Menschen oder Medien diese verunglimpfen. Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut und wesentliche Voraussetzung unserer freiheitlichen Gesellschaft. Sie muss geschützt werden als Ausdruck der Meinungsfreiheit. Selbst wenn diese uns selbst verletzen mag.

In erster Lesung haben wir einen Antrag der Links-Partei behandelt, in dem eine noch stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen gefordert wird. Der Antrag fällt insofern aus dem Rahmen, als der Bund gerade erst eine Erhöhung der Mittel für die Kommunen verabschiedet hat. Neben der mietzinsfreien Bereitstellung von Bundesliegenschaften unterstützt der Bund in diesem Jahr die Kommunen mit einem Betrag von insgesamt einer Milliarde Euro – die Hälfte davon in diesem Jahr. Die jetzige Nachforderung der Links-Partei ist maßlos übertrieben und unseriös. Zudem stehen hier auch die Länder in der Pflicht. Wenn von den vereinbarten Mitteln ein nicht unerheblicher Teil in den Landeshaushalten versickert, statt an die betroffenen Kommunen weitergeleitet zu werden, ist das ein fatales Signal. Streitbare Themen und unterschiedliche Sichten, ich wünsche Ihnen und mir ein interessantes Lesen und Mitdenken
Ihr Martin Patzelt

CVJM-Studenten zu Besuch im Bundestag



Nr. 30/18. WP
16. Januar 2015

25 Studentinnen und Studenten vom Kollege des Gesamtverbandes Christlicher Verein Junger Menschen (CVJM) beim Gespräch zum Thema „Welchen Stellenwert haben Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste in einer professionalisierten Gesellschaft“ im Bundestag.

Ausstellung zu Kindern in Kriegsgebieten

Das Kinderhilfswerk World Vision hat eine Ausstellung konzipiert, die den Krieg aus der Perspektive von Kindern erfahrbar macht. Mir war es ein wichtiges Anliegen, sie in meinem Wahlkreis zu zeigen. In Kooperation mit der Europa-Universität kann sie bis zum 5. Februar im Gräfin-Dönhoff-Gebäude in Frankfurt (Oder) besucht werden. Gerade die Universität ist meiner Meinung nach ein sehr guter Ort dafür: Hier studieren die Entscheider von morgen – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Zur Eröffnung am 6. Januar diskutierte ich mit Ekkehard Forberg, dem Experten für Friedensförderung und Konfliktberatung bei World Vision, und Wiaam Alrubaiey, einer Deutschlehrerin der Organisation ALREJU (Alleinreisende Jugendliche), über Auswirkungen von kriegerischen Auseinandersetzungen.

Die Mitarbeiter von World Vision suchen in den Konfliktgebieten den Dialog zu den verantwortlichen Politikern und bemühen sich um Lösungen. Außerdem kümmern sie sich vor allem um die Kinder, die vor dem Krieg flüchten mussten. In Uganda betreut World Vision beispielsweise ein Projekt zur Reintegration von ehemaligen Kindersoldaten, die sowohl als Täter als auch als Opfer schwer traumatisiert sind.

Auch die dramatische Lage der syrischen Flüchtlinge wurde thematisiert. Der Libanon als Nachbarland

hat mittlerweile eine Million Syrer aufgenommen. Bei einer Bevölkerung von nur drei Millionen ist dies hoch anzurechnen. Neue Tafeln in der Ausstellung zeigen aber auch, dass diese Situation nicht einfach ist: die Flüchtlinge leben in Lagerhallen, leerstehenden Häusern oder in Zelten ohne Heizung. Hier appellierte Forberg an europäische Länder, den Libanon wirtschaftlich zu unterstützen um die Versorgung und auch Beschäftigung der Flüchtlinge zu ermöglichen. ALREJU ist ein Projekt in Fürstenwalde, das minderjährige Flüchtlinge ohne Begleitung aufnimmt. Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern oder andere Fürsorgere fliehen müssen, bleiben zunächst in der Heimatregion. Bei dauerhaften Konflikten werden sie immer wieder vertrieben, wodurch sie schwer traumatisiert sind. Alle diese Kinder brauchen dringend Hilfe. Die direkte Ausreise über „offizielle“ Programme ist sehr aufwändig organisiert und selten möglich. Es wäre sinnvoller, den Kindern in der Nähe ihrer Heimatregion zu helfen und ihnen dort einen sicheren Raum zu geben – um z.B. nach dem Verlust

ihrer Familie eine völlige Entwurzelung zu verhindern.

Ich habe in der Diskussion oft die Forderung nach einem stärkeren Engagement der deutschen Politik in den Krisengebieten gehört. Wie schwierig das ist, zeigen aber auch die Situationen im Irak und Afghanistan. Die Notwendigkeit einer stärkeren wirtschaftlichen Unterstützung von Aufnahmeländern wie beispielsweise der Libanon sehe ich aber auch. Hier wäre zu überlegen, ob nicht der Solidaritätsbeitrag bei seinem Namen genommen und als gezielte Entwicklungshilfe eingesetzt werden sollte.

Letztendlich macht die Ausstellung auch deutlich, wie sehr Kinder unter kriegerischen Auseinandersetzungen leiden und welche Auswirkungen Flucht und Vertreibung auf sie haben. Das fördert hoffentlich auch die Empathie der Menschen für Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft. Denn dies kann Politik nicht vorschreiben, Solidarität kann nur durch das Engagement aller Menschen entstehen.



Podiumsgäste: Wiaam Alrubaiey, Andreas Oppermann, Ekkehard Forberg,

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Für eine neue Kultur des Miteinander

Engagierte Bündnisse wie VIELFALTstattEinfalt haben mit einer entsprechenden Erklärung zu einer Gegendemonstration aufgerufen.

Wir alle, die Befürworter eines weitgehenden Asylrechts in Deutschland bis hin zu einer gesetzlich geregelten Einwanderungsmöglichkeit, müssen die Ängste und Sorgen der vielen Menschen in unserem Lande vor Überfremdung und Identitätsverlusten sehr ernst nehmen. Eine Schwarz-Weiß-Diskussion, gegenseitige Vorverurteilung, Diffamierung und politische Grabenkämpfe helfen überhaupt nicht. Sie bilden zusätzlichen Sprengstoff in der Gesellschaft.

Selbstverständlich sind die PEGIDA-Demonstranten nicht das Volk. Aber sie sind sehr wohl ein Teil des Volkes, das sich artikuliert und die eigenen Meinungen und Befürchtungen in die Öffentlichkeit trägt. Glaubt man offiziellen Befragungen, unterstützt jeder dritte Bundesbürger ihr Auftreten.

Die Teilnehmer der PEGIDA-Demonstrationen müssen sich allerdings auch Fremdenfeindlichkeit, sogar faschistisches Denken anrechnen lassen, wenn sie angeführt von als rechtsradikal bekannten Anführern marschieren. „Sag mir, mit wem du gehst und ich sage dir, wer du bist“, so sagt ein deutsches Sprichwort.

Eine sich mehrende Anzahl von Menschen hat Angst vor einer Überforderung unserer Sozialsysteme, vor dem Verlust der eigenen Identität, vor einem sozialen Abstieg. Aber deshalb sind diese Menschen noch lange keine Faschisten. Das Dilemma besteht darin, dass sie zu wenige Möglichkeiten einer öffentlichen Artikulation finden. Sie laufen beim Mitteilen ihrer persönlichen Befindlichkeiten und Gedanken Gefahr, in ein fremdenfeindliches Klischee gesteckt zu werden. Die öffentliche Debatte zu den Vorschlägen des bayrischen Innenministers Herrmann zeigt, wie das Schwert der „Political Correctness“ eine er-

gebnisorientierte Debatte behindert. Nicht zuletzt deshalb rufen manche PEGIDA-Mitläufer so laut, fast verzweifelt: „Wir sind keine Faschisten“. Und marschieren unter falschen Fahnen und laufen in die Gefahr dorthin zu kommen, wo sie niemals sein wollten.

Was wir brauchen, sind mutige öffentliche Foren, in denen unter gegenseitiger Toleranz und Respekt vor anderem Denken und Fühlen und unter dem Maßstab unseres Grundgesetzes Für und Wider unserer Asylpolitik diskutiert wird. Wir müssen eine neue Kultur des Miteinander üben. Darum lade ich alle Frankfurter und Flüchtlinge für Samstag, 31. Januar, ab 11 Uhr zu einem „Get Together“ ins Kleist-Haus. Dort wollen wir bei gemeinsamen Erzählen, Essen, Trinken, Tanzen und Spielen erlebbar machen, dass Menschen in unserem Land sich nicht beirren lassen, in Bedrängnis zusammenstehen und notwendigen Schutz sowie Unterstützung anbieten.

Deutsch-polnisches Polizeiabkommen

In erster Lesung haben wir am Freitag den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen im Bereich der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden behandelt. Die Neuregelung, die ich sehr begrüße, soll den derzeit geltenden deutsch-polnischen Polizeivertrag vom 18. Februar 2002 ersetzen. Die-

ser stammt noch aus der Zeit vor dem EU-Beitritt der Republik Polen und bleibt in Teilen hinter dem zwischenzeitlich auch für Polen geltenden europäischen Rechtsrahmen und anderen bilateralen Polizeiverträgen Deutschlands zurück. Aus diesem Grund ist eine Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit erforderlich geworden.